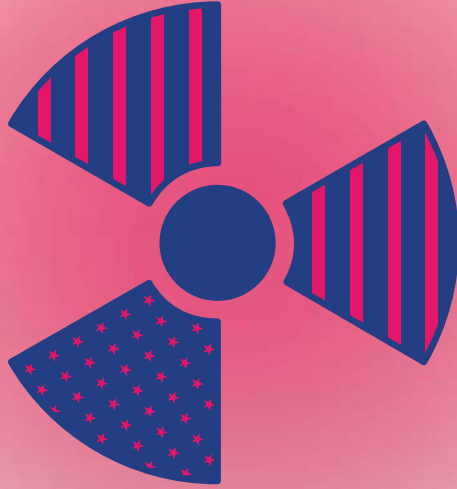


AMERIKA NACH DEM REAKTORUNGLÜCK IM JAPANISCHEN FUKUSHIMA. DER ABSCHIED VON DER ATOMRENAISSANCE?

Text: Arne Jungjohann, Programmleiter „Environment and Global Dialogue“ bei der Heinrich-Böll-Stiftung in Washington D. C.



Wenn man im Frühjahr 2011 die energiepolitische Debatte in den USA und ganz speziell in der Hauptstadt Washington verfolgt, reibt man sich als Europäer die Augen. Das gilt sicher umso mehr, wenn man den Reaktorunfall von Tschernobyl als physische Bedrohung in seiner eigenen Kindheit erlebt hat und mit Anti-AKW-Bewegung und dem rot-grünen Atom-ausstieg groß geworden ist. Die Bundesregierung schaltete als Reaktion auf das Reaktorunglück im japanischen Fukushima sieben Atommeiler mindestens vorübergehend ab. Viele deutsche Kommentatoren meinen, das sei das Ende der Atomkraft – in Deutschland sowieso, aber auch darüber hinaus.

Doch in den USA wird der japanische Unfall sehr distanziert diskutiert.

Hier ticken die Uhren anders. Als beispielhaft dafür können folgende Wortmeldungen wenige Tage nach der Reaktor Katastrophe in Fukushima gelten:

- Für die erste Stellungnahme seiner Regierung hat Präsident Obama das Energieministerium und die Atomaufsichtsbehörde vorgeschickt. Deren Vertreter ließen keinen Zweifel daran aufkommen, dass die Regierung unbeeindruckt von den japanischen Ereignissen an der Atomkraft und weiteren Ausbau-

plänen festhält. Daniel Poneman, Staatssekretär im Energieministerium, erklärt: „We view nuclear energy as a very important component to the overall portfolio we're trying to build for a clean energy future ... Each event as it occurs is taken into account, but we don't change from day to day our approach. Nuclear power has been a critical component to the U.S. energy portfolio [and] ... we do see nuclear power as playing an important role in building a low-carbon future.“¹

– Die Klimaxperten und -experten des region-nahen „Center for American Progress“ (CAP) kommentieren angesichts der Katastrophe, dass sich die US-Atomindustrie in den letzten Jahren durch eine sichere und klimafreundliche Energieerzeugung ausgezeichnet habe. Die progressiven Vordenker ziehen Konsequenzen aus dem Atomunfall in Japan, die im Vergleich zu Deutschland geradezu kleingeistig wirken: Für alte Reaktoren soll eine Sicherheitsüberprüfung durchgeführt werden, im aktuellen Haushaltsreit sollten die Gelder für Tsunami-Warnsysteme nicht gekürzt werden und Bürgschaften für neue AKWs – wie sie von dem damaligen Präsidenten George W. Bush lange geplant waren und von seinem Nachfolger Barack Obama unterstützt werden – sollen nur unter strengen Bedingungen vergeben werden. Die Vorschläge spiegeln wider, wie weit die USA von einem Ausstieg entfernt sind.

– Von den großen Zeitungen bezweifeln die meisten, dass die USA auf Atomkraft und weitere AKW-Neubauten verzichten könne. Dabei sind die USA rein zahlenmäßig weniger abhängig vom Atomstrom als das aussiegezwungene Deutschland. Das höchste der Gefühle der US-Presse sind vorsichtige Fragen über die Risiken und Sicherheitsstandards amerikanischer Atomkraftwerke, wie sie in den Kommentaren der Washington Post² und der New York Times³ gestellt wurden.

Wie kommt das? Was sind die Gründe für diese atomfreundliche Stimmung in der amerikanischen Gesellschaft?

Die USA sind der größte Atomstaat der Welt.

Von den rund 435 Reaktoren weltweit stehen 104 in den USA und bedienen rund 20 Prozent der landesweiten Stromnachfrage. In den USA ist der Anteil der Atomkraft am Gesamtmix zwar kleiner als in Deutschland. Dafür hat die Industrie großes politisches Gewicht. Ihr müsste, so möchte man meinen, angesichts der Reaktor Katastrophe in Japan der Wind kräftig in

Gesicht blasen. Doch die Atomlobby hat vorgesorgt. Dank der vielfältigen Werbekampagnen und intensiver Lobby-Arbeit der letzten Jahre ist die Atomkraft in der Öffentlichkeit weithin akzeptiert. Über Jahre hinweg wurden enge Verbindungen zu den Politikern und Politikern der Republikaner und Demokraten aufgebaut.

MÄCHTIGE ATOMLOBBY GEGEN SCHWACHE ANTI-AKW-BEWEGUNG

Das „Nuclear-Energy-Institute“ (NEI) ist dabei der sichtbarste Akteur. Das NEI ist der Lobbyverband der Atomindustrie in seiner gesamten Prozesskette: vom Uran-Bergbau über den Reaktorbau und die Brennstoffversorgung bis hin zur Atomstromproduktion. Seine Lobbyisten halten einen guten Draht zur Regierung und den Abgeordneten im Kongress. Allein im letzten Wahlkampf 2009/2010 wurden Politikern und Politiker beider Parteien mit rund \$ 4 Millionen unterstützt. Es schaltet hübsche Werbekampagnen wie die „Clean and Safe Energy Coalition“⁴ zur Akzeptanzsteigerung. Mit solchen Kampagnen betreibt die Lobby ein Greenwashing⁵ und überschreitet die Grenzen des Erlaubten dabei immer wieder, wie Umwelt- und Sozialverbände kritisieren.⁶ Die PR-Arbeit geht dabei soweit, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des NEI Meinungskommentare für Atomingenieure im ganzen Land entwerfen, die diese dann unter ihren Namen bei regionalen Zeitungen einreichen.

Neben dem Dachverband spielen die großen AKW-Betreiber und ihre Mutterkonzerne eine wichtige Rolle. Sie haben im letzten Wahlkampf zusammen mit dem NEI einen zweistelligen Millionenbetrag für Lobbying und Wahlkampfspenden ausgeben. Die Unternehmen honorieren dabei insbesondere die Abgeordneten der Bundesstaaten, wo ihr Stammsitz liegt, sowie Politikerinnen und Politiker in Spitzenpositionen (Ausschussvorsitze, Fraktionsführung).

Spenden an einzelne Abgeordnete sind in einer Höhe von bis zu \$ 10.000 zulässig.

Vor allem diese Unternehmen zeigten sich spendabel:⁷

- Exelon – \$ 515.000: Der Atomkonzern betreibt alleine elf AKWs in Illinois und hat an 14 von 19 der Abgeordneten seines Heimatstaates gespendet. Auch die Fraktionsspitzen beider Parteien wurden unterstützt.

¹ Zitiert nach: King, Bob: *White House remains committed to nukes*. In: *Politico.com*, 14.03.2011. Unter: www.politico.com/news/stories/0311/51274.html

² Robinson, Eugene: *Japan's nuclear crisis might not be the last*. In: *Washington Post*, 14.03.2011. Unter: www.washingtonpost.com/opinions/japans-nuclear-crisis-might-not-be-the-last/2011/03/14/ABzLmIV_story.html

³ *Japan's multiple calamities*. In: *New York Times*, 14.03.2011. Unter: www.nytimes.com/2011/03/15/opinion/15tue.1.html?_r=3&hp

⁴ <http://casenergy.org>

⁵ *Greenpeace: The Nuclear Energy Institute – Green Washing Nuclear Power*, 11.09.2008. Unter: www.greenpeace.org/usa/en/news-and-blogs/campaign-blog/the-nuclear-energy-institute-green-washing-nu/blog/25424

⁶ *Public Citizen: Industry Aids Overstated Environmental Benefits of Nuclear Energy*, Pressemitteilung vom 02.06.1999. Unter: www.citizen.org/pressroom/pressroomdirect.cfm?ID=412

⁷ *Samuelson, Darren: Nuclear industry lobbyists' clout felt on Hill*. In: *Politico*, 16.03.2011. Unter: www.politico.com/news/stories/0311/51367.html

– Duke Energy – \$475.000: Duke hat zwölf der 13 Kongressabgeordneten aus North Carolina und fünf der sechs Abgeordneten aus South Carolina mit Spenden versehen. Summen von \$10.000 gingen an Abgeordnete aus den Fraktionsspitzen beider Parteien. Der Konzern hat seinen Stammsitz in North Carolina. Sein Vorsitzender, Jim Rogers, war eine der sichtbarsten Stimmen der letzten zwei Jahre, die für ein umfassendes Klimaschutzgesetz lobbyiert haben.

– Florida Power & Light (FPL) – \$507.000: 26 der 28 Kongressabgeordneten aus Florida wurden von FPL unterstützt. Der Konzern sitzt in Florida und betreibt weitere Reaktoren in New Hampshire und Illinois.

– Entergy – \$400.000: Alle vier Abgeordneten aus Arkansas erhielten einen Scheck von Entergy sowie zwölf Abgeordnete aus dem Bundesstaat New York und fünf Abgeordnete aus Michigan. Auch Congressman Ed Markey, eine treibende Kraft für mehr Klimaschutz und einer der stärksten Kritiker der Atomindustrie, wurde mit \$3.500 unterstützt.

Dabei muss man konstatieren, dass das Geld auch deshalb geflossen ist, um dem damals verhandelten Klimaschutzgesetz, das schließlich aber scheiterte, zum Durchbruch zu verhelfen. Vom Emissionshandel versprachen sich die Betreiber Wettbewerbsvorteile gegenüber dem Kohlestrom. Da die Atomwirtschaft eine der wenigen Stimmen aus der Industrie ist, die mehr Klimaschutz und eine Verschärfung der Schadstoffstandards für konventionelle Kraftwerke fordert, herrscht mit weiten Teilen der Umweltbewegung ein Waffenstillstand.

So stark die Atomloby by einer seits ist, so schwach ist die Anti-Atombewegung andererseits.

In den Wochen nach Fukushima kämpft sie wie ein Löwe, doch die Bewegung ist klein und hat im Vergleich zur Gegenseite wenige Ressourcen. Vorre weg zu nennen sind die Nichtregierungsorganisationen „Beyond Nuclear“, die „Physicians for Social Responsibility“ und die „Union of Concerned Scientists“, deren Experimenten und Experten durch die diversen TV-Kanäle tingeln und den vertutzten Moderatoren erklären, dass Atomkraft keine saubere Energie und viel teurer als allgemein angenommen ist. Ihre Erklärung versucht sie ganz gut, aber dringen nicht durch. All das ist weg wie sand, einen grundsätzlichen Kurswechsel in der Energiepolitik einzuläutern. Bislang herrscht in den USA eine Nuclear Power Madness.⁸

Die Gefechtslage verdeutlicht, dass der Abschied von

der Atomrenaissance in den USA nicht aus Sorge vor Reaktorunfällen sondern aus finanzieller Notwendigkeit eingeleitet wird.

ATOMARE WOLKENKUCKUCKSHIME

Demokraten wie Republikaner werden gleichermaßen von der Atomindustrie finanziell gepöppelt. Es sind aber vor allem die Republikaner, die seit langem an einer Renaissance der Atomenergie in den USA fehlen. Die konservativen Pläne sind reinste Wolkenkuckuckshime. Ginge es nach ihnen, würden in den nächsten zwei Jahrzehnten 100 neue AKW's gebaut werden – zusätzlich zu den aktuell laufenden 104 Atommeilern. Das ist finanziell aber auch von den Planungsabläufen her vollkommen unrealistisch. Von einem „all-of-the-above“-Ansatz wird gerne gesprochen, bei dem keine Energieform ausgeschlossen werden soll.⁹ Doch das ist politische Irreführung in Reinform. Dahinter verbirgt sich eine knallharte Agenda für mehr Öl- und Gasbohrungen, mehr Kohle- und mehr Atomkraftwerke.

Aber auch die Demokraten stehen der Atomkraft vergleichsweise positiv gegenüber. Das liegt nicht nur an den oben genannten finanziellen Beziehungen. Das ist auch den politischen Realitäten des Landes geschuldet. Jenseits der liberalen Großstädte wie New York City und San Francisco hat die Atomkraft tatsächlich ein sauberes Image, dank entsprechender Kampagnen. Das Weiße Haus ist auch unter seinem jetzigen Präsidenten sehr positiv gegenüber Atomkraft eingestellt. Um von Ölimporten unabhängiger zu werden, hat Präsident Barack Obama 13,3 Milliarden € Kreditgarantien für neue Atomkraftwerke zugesagt. Der US-Präsident war zuvor Senator für den Bundesstaat Illinois und seit Beginn seiner politischen Karriere mit Exelon, einem der größten Atomkonzerne in den USA, verbunden. Obamas Beraterumfeld ist gespickt mit Mitarbeitern, die früher in der Atomindustrie tätig waren: Top-Berater David Axelrod und Rahm Emanuel standen früher auf der Gehaltsliste von Exelon, der sich zudem großzügig in Obamas Präsidentschaftskampagne zeigte. Neben diesen persönlichen und finanziellen Verbindungen befürwortet der Präsident aber auch aus taktischen Erwägungen einen Zubau an neuen Atomkraftwerken. So wurde ihm in den Klimaberatungen bereits vorgehalten, dass er Kohlestrom verteuern wolle. Während der Ölkatastrophe im Golf von Mexiko im Frühjahr 2010 hat sich Obama mit der Ölindustrie angelegt, was ihm weitere Kritik von den Republikanern eingebracht hat. Ohne politische Unterstützung für neue Atomkraftwerke, so das Kalkül seiner Berater,

⁸ Solomon, Norman: Nuclear Power Madness. In: Huff-fington Post, 14.03.2011, Unter: www.huffingtonpost.com/norman-solomon/nuclear-power-madness_b_835452.html

⁹ Upton, Fred: An "All of the Above" Energy Policy. Unter: www.pton.house.gov/Issues/Issue/?IssueID=8543



wäre ein überparteilicher Kompromiss für ein umfassendes Energiepaket nahezu ausgeschlossen. Obamas Problem ist, dass er seit den Wahlen im November 2010 keine eigene Mehrheit mehr hat und zur Durchsetzung von Gesetzen auf die Unterstützung der Republikaner angewiesen ist.

Nach dem Reaktorunglück in Fukushima hat sich Obama weiterhin für den Neubau von Atomkraftwerken ausgesprochen und eine Überprüfung der Sicherheitsstandards aller amerikanischen Atomkraftwerke gefordert.¹⁰

Dass 23 der US-Reaktoren der Baureihe in Fukushima entsprechen, dürfte neue Fragen nach der Sicherheit der AKW im Unglücksfall aufkommen lassen. In diesem Zusammenhang wird die „Nuclear Regulatory Commission“ (NRC) ins Zentrum der Diskussion rücken. Sie ist die Bundesbehörde, die die Einhaltung von Sicherheitsstandards überwacht und über Laufzeitverlängerungen der Kraftwerke entscheidet. Bislang hat die NRC alle Anträge durchgewunken: 59 Reaktoren haben die Zusage für eine längere Laufzeit von 40 auf 60 Jahre in der Tasche, für 20 weitere Anträge sind Anträge eingereicht. Die Genehmigungspraxis ist dabei äußerst lasch. Peinlich für die NRC ist,

dass bei einer internen Untersuchung im September 2007 herauskam, dass in 70 Prozent aller Zusagen die Formulierung aus den Anträgen der Industrie wortgleich in die Zulassung der Behörde kopiert wurden. Atomexperten wie Michele Boyd von den „Physicians for Social Responsibility“ gehen davon aus, dass die Altanlagen der 1960er und 70er Jahre als Neubau heute nicht mehr genehmigungsfähig wären.¹¹ Dennoch wird eine Verlängerung der Laufzeiten genehmigt. Viel erwarten sich die Anti-Atomaktivisten nicht von der Überprüfung der Sicherheitsstandards durch die NRC. Ein Sprecher der Behörde sagte dazu: „Wir haben ein hohes Maß an Vertrauen, dass unsere 104 Reaktoren über adäquaten Schutz verfügen.“¹²

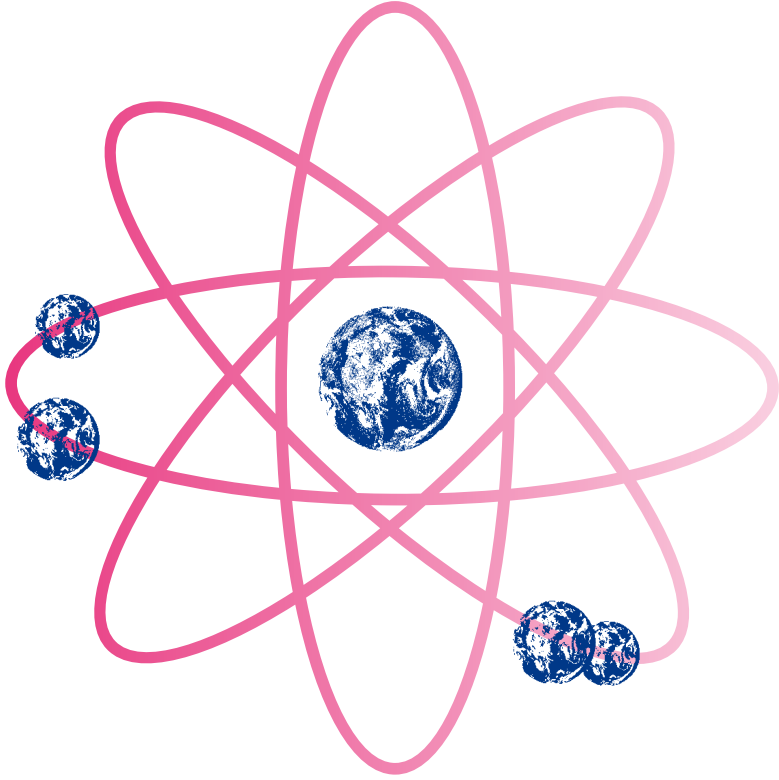
HAUPTSTADT VS. BUNDESSTAATEN

Die politische Unterstützung der Atomkraft ist in den USA sehr groß, zumindest wenn man auf das Weiße Haus und den Kongress blickt. Anders sieht es aus, wenn man in die diversen Bundesstaaten schaut. Dann stellt man schnell fest, dass die Öffentlichkeit bei weitem nicht so atomgläubig ist, wie einem das auf den verschiedenen Veranstaltungen diverser think-tanks in der Hauptstadt Washington berichtet wird. Und es gibt etliche Politikerinnen und Politiker, die sich für die Abschaltung von alten Atommeilern aussprechen, und das mit gutem Grund.

¹⁰ White House Press Secretary: Remarks by the President on America's Energy Security, 30.03.2011, Unter: www.whitehouse.gov/the-press-office/2011/03/30/remarks-president-americas-energy-security

¹¹ Boyd, Michele: Is there a nuclear revival in the United States? October 2010, Unter: http://bozell.org/downloads/Boyd_Is_there_a_Nuclear_Revival_in_the_United_States.pdf

¹² Zitiert nach Restuacia, Andrew: Initial review of US reactors to be completed in 90 days. In: The Hill, 21.03.2011, Unter: <http://thehill.com/blogs/c2-top-nuclear-regulatory-outlines-broad-us-safety-review>



a) AKW Yankee in Vermont: Das Parlament will abschalten

Vermont ist ein kleiner Bundesstaat an der US-Ostküste. Der Atomkonzern Energy betreibt das dortige Atomkraftwerk Yankee seit 1972. Der Reaktor ist einer der ältesten und störanfälligsten in den USA überhaupt. Zuletzt gelangte radioaktives Material durch defekte unterirdische Rohrleitungen in die Außenwelt – Rohrleitungen, von denen der Betreiber unter Eid erklarte, dass sie gar nicht existierten. Wegen dieser und anderen Sicherheitspannen hat das Parlament in Vermont im Februar 2010 gegen eine Laufzeitverlängerung gestimmt. Damit müsste Energy den Reaktor im März 2012 endgültig vom Netz nehmen. Doch die Atomlobby gibt so schnell nicht auf – sie weiß die Regierung an ihrer Seite, denn die NRC ist für die Erteilung von Lizenzen für Laufzeitverlängerungen zuständig.

Nur einen Tag vor dem Atomunfall im japanischen Fukushima hat die NRC in einer internen Sitzung der Laufzeitverlängerung von Yankee zugestimmt.¹³ Nach der Katastrophe traute sich die Kommission mit ihrer Entscheidung zunächst nicht an

13 Sheppard, Kate: *Is the Government's Nuclear Regulator Up to the Job?* In: *Mother Jones*, 17.03.2011, [Unter: https://motherjones.com/policy/2011/03/japan-nuclear-regulatory-commission](https://motherjones.com/policy/2011/03/japan-nuclear-regulatory-commission)

14 Dillon, John: *NRC Officially Issues 20-Year License Renewal To Vermont Yankee*. In: *Vermont Public Radio News*, 21.03.2011, [Unter: www.vpr.net/news-detail/90376](http://www.vpr.net/news-detail/90376)

die NRC eine frühere Entscheidung trifft. Cuomo hat seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 für das Abschalten der Reaktoren gekämpft, weil sie eine Gefahr für New York City darstellen.¹⁵ Noch ist unklar, wie die Sache ausgehen wird.

Weder Gouverneur noch Parlament haben das Recht, dem Betreiber die Lizenz zu entziehen.

Die sicherheitstechnische Überprüfung unterliegt einzig der NRC. Die ist in ihrer Geschichte noch nie dadurch aufgefallen, besonders strenge Kriterien an den AKW-Betrieb zu knüpfen. Allerdings kann die Umweltschutzbehörde des Bundesstaates Auflagen zum Betrieb erteilen, zum Beispiel zum Schutz von Gewässern.

Das Unglück in Japan bietet Anlass genug, jedes einzelne Atomkraftwerk der Welt vom Netz zu nehmen. Egal, ob der Auslöser ein Erdbeben, ein Tsunami, ein Hochwasser, ein Flugzeugabsturz, ein Terrorangriff oder einfach nur menschliches Versagen ist, die Folgen sind nicht mehr beherrschbar. Für eine schnellstmögliche Abschaltung der Reaktorblöcke in Indian Point sprechen zusätzlich drei Faktoren:

- Die Lage des AKW: Die Anlage wird 42 Meilen von Downton Manhattan betrieben. Im Ernstfall müssten Millionen von Menschen schnell evakuiert werden. Wie schlecht darauf vorbereitet ist, hat man am Land wie die USA darauf vorbereitet ist, hat man am Wirbelsturm Katrina gesehen. Die großflächige Evakuierung der Stadt New Orleans war ein Desaster – unter anderem deshalb, weil im Autoland USA öffentliche Transportmittel Mangelware sind. Neben einer schnellen Evakuierung würde eine radioaktive Ver-seuchung New York City praktisch unbewohnbar machen – eine apokalyptische Vorstellung.

- Die Erdbengefahr: Das AKW liegt in einem erdbebengefährdeten Gebiet. Das „Earth Institute der Columbia University“ warnt davor und verweist auf die Geschichte. Das bislang stärkste Erdbeben in der Region in den 1880er Jahren erreichte auf der Richterskala einen Ausschlag von 5,2. Das AKW Indian Point sei, so der Betreiber Energy, für ein Erdbeben der Stärke 6,1 ausgelegt.¹⁶

- Die fehlenden Kühltürme: Dem Atomkraftwerk Oyster Creek im benachbarten New Jersey wurde eine Laufzeitverlängerung um 20 Jahre nur gewährt, wenn die Betreiber die Anlage mit Kühltürmen nachrüsten würden. Aus Kostengründen wurde abgelehnt, abgeschaltet wird in 2019. Ähnliches steht für Indian Point

an, wenn die Umweltschutzbehörde entsprechende Auflagen zum Schutz der Gewässer einfordert. Der Gesundheitsexperte Joseph Mangano erwartet, dass der Betreiber Entergy die Anlage aus Kostengründen nicht nachrüsten wird, was eine Abschaltung des AKWs umkehrbar machen würde.¹⁷

Noch ist nicht abzusehen, welchen Ausgang die Sache nimmt. Energieminister Steven Chu musste in einer der Polit-Talkshows bereits verteidigen, dass der Reaktor Indian Point trotz der geringen Distanz zu New York City weiter betrieben werden soll.

c) AKW's San Onofre und Diablo Canyon in Kalifornien: Tickende Zeitbomben

In Kalifornien versprechen sich Anti-Atomaktivisten Rückenwind für eine frühere Abschaltung der dortigen Meiler in erdbebengefährdeten Gebieten. Das dürfte auch auf offene Ohren des Gouverneurs treffen, der ein großer Fan der Erneuerbaren Energien ist. Die Atomlobby beschwichtigt, dass in den USA ein so starkes Erdbeben oder gar Tsunami wie in Japan unwahrscheinlich sei. Schaut man jedoch, wo AKWs in erdbebengefährdeten Zonen betrieben werden, entpuppen sich einige Meiler als tickende Zeitbomben (siehe Grafik). Zwei davon, San Onofre und Diablo Canyon, stehen in Kalifornien. Das AKW San Onofre liegt auf halbem Weg zwischen der südkalifornischen Millionenstadt San Diego und der Megametropole Los Angeles. Mehr als sieben Millionen Menschen leben im Umkreis von nur 80 Kilometern, weit mehr als im selben Radius um Fukushima. Drei sehr aktive Bruchlinien befinden sich in unmittelbarer Nähe: in 35, 70 und 90 Kilometern Entfernung, darunter der berühmte San-Andreas-Graben.¹⁸

Kurios ist, dass nur zwei Wochen vor dem japanischen Tsunami zehn kalifornische Abgeordnete das US-Energieministerium davor warnten, dass beide AKWs in ihrem Bundesstaat anfälliger für Erdbeben seien als bislang angenommen. Besonders die Anlage San Onofre sei entgegen der Angaben des Betreibers nicht gegen Erdbeben und Tsunami gewappnet.¹⁹

Übrigens ist auch dieser Reaktor ein Paradebeispiel für die finanziellen Abenteuer, in die Steuerzahlerinnen und -zahler immer wieder von der Atomindustrie hineingeworfen werden. Das Kraftwerk wurde 1968 mit 188 Millionen US\$ veranschlagt. Am Ende, als die beiden Reaktorblöcke in den 1980er Jahren endlich ans Netz gingen, summierten sich die Kosten auf 5,5 Milliarden US\$, die am Ende die kalifornischen Stromkunden und Steuerzahler tragen mussten.

15 Kaplan, Thomas: *For Cuomo and Indian Point, New Round in a Long Fight*. In: *New York Times*, 22.11.2011, [Unter: www.nytimes.com/2011/03/23/nyregion/23indian.html?_r=1&ref=nyregion](http://www.nytimes.com/2011/03/23/nyregion/23indian.html?_r=1&ref=nyregion)

16 Sykes, Lynn et al.: *Observations and Tectonic Setting of Historic and Instrumentally Located Earthquakes in the Greater New York City-Philadelphia Area*. August 2008, [Unter: www.earth.columbia.edu/sites/files/file/pressreleases/1696.pdf](http://www.earth.columbia.edu/sites/files/file/pressreleases/1696.pdf)

17 Madsen, Tam: *Indian Point Nuclear Plant Could Be High-Risk in Earthquake*. In: *The Epoch Times*, 23.03.2011, [Unter: www.theepochtimes.com/in2/united-states/indian-point-nuclear-plant-could-be-high-risk-in-earth-quake-53459.html](http://www.theepochtimes.com/in2/united-states/indian-point-nuclear-plant-could-be-high-risk-in-earth-quake-53459.html)

18 Kliven, Roymer: *Strand, Palmen, Angst*. In: *Süddeutsche Zeitung*, 26.03.2011, [Unter: www.sueddeutsche.de/politik/usa-strand-palmen-angst-1.1077619](http://www.sueddeutsche.de/politik/usa-strand-palmen-angst-1.1077619)

19 Jones, Jerry: *Nuclear Reactors in Earthquake Zones in the U.S. Truher*. 18.03.2011, [Unter: www.truher.com/files/2011/03/nuclear-reactors-in-earthquake-zones-in-the-us-map.jpg](http://www.truher.com/files/2011/03/nuclear-reactors-in-earthquake-zones-in-the-us-map.jpg)

Wie steht es also um die Sicherheitsstandards bei Erdbeben? Die Behörden des Bundesstaates Kalifornien hätten dazu zwar viel zu sagen, aber haben wenig zu entscheiden. Einmal mehr kommt hier die nationale Atomaufsichtsbehörde NRC ins Spiel. Sie legt die Sicherheitsstandards für Atomkraftwerke fest, überprüft deren Einhaltung und vergibt auf dieser Grundlage Betriebslizenzen. Als der Reaktor Diablo Canyon Mitte der 1980er Jahre ans Netz ging, wurde ein Notfallplan im Falle eines Erdbebens nicht verlangt. Ein schweres Versäumnis der NRC, die sogar entsprechende Forderungen bekämpfte, dass ein solcher Erdbeben-Notfallplan verpflichtend für kalifornische Kraftwerke eingeführt wird. Es besteht also Nachholbedarf.²⁰ Die NRC dürfe die Erdbebengefahr nicht länger ignorieren, fordert zum Beispiel der republikanische State Senator Sam Blakeslee, ein Geophysiker mit Schwerpunkt Erdbebenforschung.

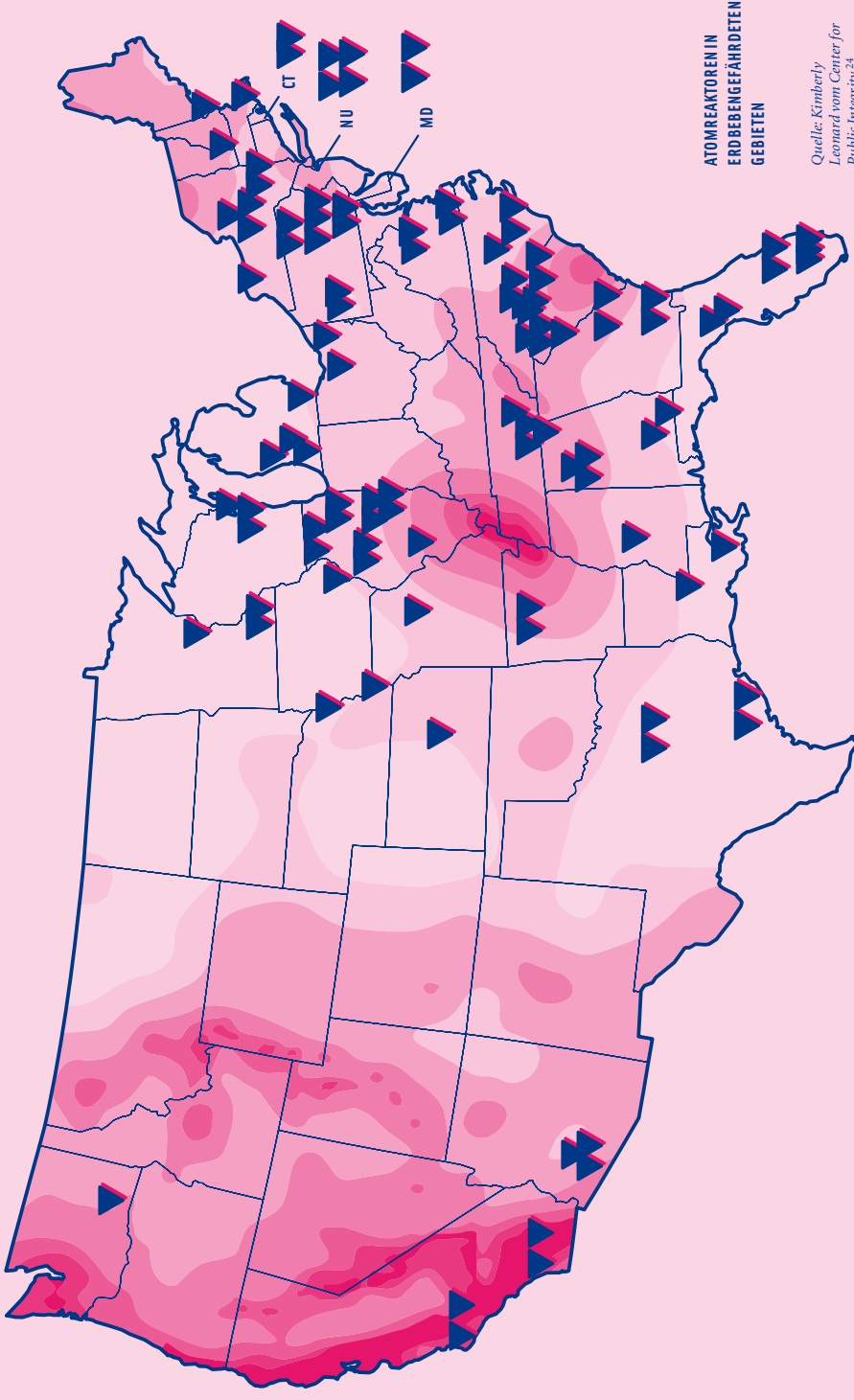
d) AKW Calvert Cliffs in Maryland: Trotz Milliarden-subsvention geplante Neubaupläne

Man möchte meinen, dass die von Präsident Obama angekündigten Bürgschaften in Milliardenhöhe ausreichen müssten, um den in der Planung befindlichen Projekten neues Leben einzubringen. Doch die jüngsten Entwicklungen deuten darauf hin, dass es selbst in den USA nicht zu einem Revival kommt. Als Beleg dafür gilt, dass der neu geplante Reaktor in Calvert Cliffs im Bundesstaat Maryland vor dem Aus steht.

Dem Investor „Constellation“ ist die Vertragsabschlussgebühr für die Inanspruchnahme der staatlichen Bürgschaft über 7,6 Mrd. US-Dollar zu teuer. Die Aktienmärkte belohnen die Entscheidung, der Kurs von „Constellation“ stieg nach dem Verkünden des Projektes.²¹

FAZITE: DIE PRO-ATOMSTIMMUNG BRÜCKELT

Fukushima weckt in den USA Erinnerungen: Im März 1979 wurde eine Explosion im AKW Three Miles Island durch Ablassen eines explosiven Gasgemisches gerade noch verhindert. Ursache waren Konstruktionsmängel und menschliches Versagen. Tote gab es zum Glück keine. Doch war das Reaktorunglück in Harrisburg ein Warnschuss und das zumindest vorübergehende Ende der großspurigen Pläne der US-Atomindustrie.²² Seit dem Reaktorunglück in Harris-



ATOMREAKToren IN ERDBEBENGEFÄHRTETEN GEBIETEN

Quelle: Kimberly Leonard vom Center for Public Integrity²⁴

Schon lange steht die politisch gewollte Renaissance der Atomkraft auf finanziell wackligen Beinen.

Explozierende Kosten und billiges Erdgas machen der Industrie zu schaffen. Den Bankhäusern an der Wall Street sind die Neubaupläne zu teuer und zu riskant. ²³ Symptomatisch ist dafür die Meldung über das Aus des AKW's Calvert Cliff in Maryland. Das ist eine denkbar schlechte Nachricht für die Atomlobby: Selbst mit staatlichen Milliarden-Bürgschaften sind neue AKW's in den USA nicht finanzierbar. Atomkraftgegner fürchten deshalb auch nicht die große Atomwelle, wie sie die Lobby und manche Politiker gerne herbeireden wollen. Aber sie warnen vor der verstickten Renaissance durch eine 20jährige Laufzeitverlängerung dutzender Altmeyer. Immerhin, erste Abgeordnete und Atomexperten rufen jetzt nach einem Moratorium für Neubauten in erdbebengefährdeten Gebieten und fordern eine Überprüfung der Sicherheitspläne im Fall von Naturkatastrophen. New York will abschalten, Vermont diskutiert den Atomausstieg und Kalifornien hinterfragt die Zukunft der Atomkraft. So langsam bröckelt die pro-Atomstimmung in den USA. Gut so, denn schon in wenigen Jahren dürften die Kosten für Erneuerbare Energien soweit gesunken sein, dass sie in den USA voll konkurrenzfähig sein dürften. Die Windkraft in Texas und dem mittleren Westen, die Biomasse in den Waldgebieten des Nordostens und im atlantischen Süden und die Solarkraft in Kalifornien und dem benachbarten Südwesten werden dafür sorgen, dass auch in den USA die Energiewende nicht aufzuhalten ist.

wurden keine neuen AKW's mehr gebaut, unmittelbar nach dem Unglück wurden nur noch die letzten angefangenen Bauten zu Ende geführt. Die Branche arbeitete 20 Jahre vor sich hin und versuchte, in der Öffentlichkeit das Bild einer sauberen, sicheren und billigen Energieform abzugeben. Mit Erfolg: Im politischen Mainstream der USA ist die Atomkraft inzwischen parteiübergreifend als fester Teil im Energiemix akzeptiert. Unter Präsident George W. Bush wurden in 2005 neue Bürgschaften zugesagt. Die Branche feierte die Zusage als Wende zum Wiederaufstieg in neue Kraftwerke. Seitdem werden eine Handvoll Projekte vorangetrieben, allen voran an bestehenden AKW-Standorten im Südosten der USA. Kommt es also zu einer Renaissance der Atomkraft in den USA, wie dessen Befürworter gerne behaupten? Wohl kaum.

20 Kerham, Kris: *At California Nuclear Plant, Earthquake Response Plan Not Required*. In: Huffington Post, 17.03.2011; Unter: www.huffingtonpost.com/2011/03/16/california-nuclear-emergency-response_n_836751.html

21 Wald, Matthew: *Fee Dispute Hinders Plan for Reactor*. In: New York Times, 09.10.2010; Unter: www.nytimes.com/2010/10/10/business/energy-environment/10reactor.html?sq=1&sq=calvert&=1

22 Die drüchs, Friedrich: *Die dunklen Wolken von „Three Miles Island“*. In: Der Tagesspiegel, 13.03.2011; Unter: www.tagesspiegel.de/politik/die-dunklen-wolken-von-three-miles-island/3946824.html

23 Boyd, Michele: *Is there a nuclear revival in the United States? October 2010*. Unter: http://hoell.org/downloads/Boyd_Is_there_a_nuclear_revival_in_the_United_States.pdf

24 www.publicintegrity.org/articles/entry/3039